



- September 2014 -

GÜNTER RUDOLPHS NEWSLETTER

-- Aktuelles aus dem Hessischen Landtag --

Neues Schuljahr, alte Probleme

Nach den Sommerferien sind Hessens Schulen nach wie vor mit mangelnder Ausstattung und G8-Chaos konfrontiert

Auch wenn Hessens Kultusminister Lorz (CDU) es ganz anders sehen mag: Hessens Schulen sind nach dem Start in das neue Schuljahr mit denselben großen Problemen konfrontiert, die sie schon seit geraumer Zeit plagen. Weder sind sie gut ausgestattet, noch ist das Chaos um G8 und die mangelnde Wahlfreiheit beseitigt.

Während sich für Hessens Lehrkräfte die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern und sie gezwungen sind, mit mangelnder Ausstattung, maroden Schulgebäuden und erschwerten Unterrichtsbedingungen zurecht zu kommen, bedankt sich die schwarz-grüne Landesregierung für ihr besonderes Engagement mit einer Nullrunde im kommenden Jahr. Der Griff in die kommunalen Kassen zwecks Sanierung des eigenen Landeshaushalts hat ebenfalls direkte Auswirkungen für die Schulen: Dringende Sanierungsarbeiten können nicht durchgeführt werden. Und wo das örtliche Schwimmbad geschlossen werden muss, weil die Kommune es nicht mehr unterhalten kann, da gibt es auch keine Möglichkeit mehr, Schwimmunterricht anzubieten. Negativbeispiele gibt es leider zu viele, davon konnte ich mich bei meiner diesjährigen Sommertour unter dem Motto „Kommunale Finanzen“ vor Ort selbst überzeugen.

Beim Thema G8 sieht es auch nicht besser aus: Von der versprochenen Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 keine Spur, stattdessen herrscht Durcheinander und Unfrieden an Hessens Schulen. Die Hürden für eine Rückkehr zu G9 wurden von der Landesregierung so hoch gelegt, dass sie dadurch faktisch für viele rückkehrwillige laufende Jahrgänge verhindert wird. Das auf diese Weise eine Abkehr vom gescheiterten Modell der verkürzten Schullaufzeit G8 blockiert wird, produziert natürlich Frust und Enttäuschung bei allen Betroffenen.



Für uns ist klar: Gegen diese Misstände in der hessischen Schulpolitik helfen keine schönen Worte oder Schaufensterveranstaltungen wie der jüngst vom Kultusminister einberufene Bildungsgipfel.

Deshalb fordern wir die flächendeckende Rückkehr zu G9. Gleichzeitig lassen sich individuelle Möglichkeiten für die diejenigen Schülerinnen und Schüler schaffen, die ihre verkürzte Schulzeit beibehalten wollen. Auf diese Weise kann die versprochene Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 an jeder Schule umgesetzt werden. Langfristig brauchen wir bessere gemeinsame Konzepte für Hessens Schulpolitik: Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion hat die neue Enquetekommission "Kein Kind zurücklassen - Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen" ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Ziel ist es, über einen längeren Zeitraum eine gründliche Auseinandersetzung mit Themen wie der Ganztagschule, neue Formen des Lernens oder Inklusion zu ermöglichen. Das geschieht gemeinsam mit Hilfe von Experten aus der Wissenschaft, dem Landeselternbeirat, der Landesschülervertretung, Lehrerverbänden, Gewerkschaften und weiteren. Zusammen und auf Augenhöhe wollen wir auf diesem Weg Vorschläge für die Weiterentwicklung hin zu einer besseren und gerechteren Bildungspolitik für Hessen erarbeiten.

...und noch etwas:

Der Energieversorger RWE hat dem Land Hessen seine Rechnung für die Abschaltung des AKW Biblis im Jahr 2011 präsentiert: 235,3 Millionen Euro Schadensersatz möchte RWE gerne vom hessischen Steuerzahler kassieren! Das leichtfertige Verhalten und die groben Verfahrensfehler der ehemaligen Landesregierung unter Ministerpräsident Bouffier und Umweltministerin Puttrich, die die Klage überhaupt ermöglicht haben, machen angesichts dieser Summe erst recht sprachlos.

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Januar entschieden, dass die Biblis-Abschaltung rechtswidrig gewesen sei, weil die Landesregierung auf eine notwendige Anhörung von RWE verzichtet habe. Deswegen hat RWE jetzt das Recht, auf Schadensersatz klagen. Der auf Antrag der SPD-Fraktion im Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuss wird nun aufklären, wer im Einzelnen die Verantwortung für dieses drohende finanzielle Desaster zu Lasten des Landes zu tragen hat.

Gerade angesichts leerer Kommunalkassen darf so ein verantwortungsloser Umgang mit Steuergeldern nicht ohne Konsequenzen bleiben!

Herzliche Grüße



IMPRESSUM

V.i.s.d.P.: Günter Rudolph, Mitglied des Hessischen Landtags
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

E-Mail: g.rudolph@ltg.hessen.de
www.guenter-rudolph.de
Tel: 0611-350 658
Fax: 0611-350 1663